

K 1-3&7 NEU Mutiges GRÜNES Sofortprogramm für Klimaschutz!

Antragsteller*in: Landesvorstand, Jan Philipp Albrecht (KV Kiel), Philipp Schmagold (KV Kiel), Ingrid Nestle (KV Steinburg), LAG Landwirtschaft
Tagesordnungspunkt: Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1. Abstimmung zum Einstiegspreis mit entsprechender Anpassung an den rot markierten Stellen: A) 40 Euro B) 60 Euro C) 40 Euro und 2021 auf 60 Euro steigern
2. Abstimmung: Soll in die Formulierung 100% Strom aus Erneuerbaren Energien das Jahr 2030 als Ziel aufgenommen werden?

Mutiges GRÜNES Sofortprogramm für Klimaschutz!

Kombination aus den Anträgen K1, K2, K3, K7

Im Jahr 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris gemeinsam das Ziel gesetzt, die globale Erhitzung deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu halten, um heutigen wie folgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Die Klimaforschung ist sich einig: Jedes Zehntel Grad zählt, um die dramatischen Folgen des globalen Temperaturanstiegs zu begrenzen. Der Kampf gegen die globale Überhitzung unseres Planeten ist die vorrangige Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Daher fordern wir GRÜNE, das anspruchsvolle Ziel einer maximalen Erhitzung um 1,5°C zum Leitmotiv des Klimaschutzpfades in Deutschland zu machen. Schon eine Erhitzung um 2°C würde die Lebensgrundlage von bis zu 500 Millionen Menschen weltweit bedrohen – unter anderem durch Wassermangel und durch die Ausdehnung von Wüsten. Dabei geht es nicht mehr um ein fernes Zukunftsszenario: Die gravierende Klimakrise zwingt schon heute weltweit mehr Menschen zur Flucht als sämtliche Kriege zusammen. Auch mitten in Europa zeigen sich die Auswirkungen mehr und mehr: Denken wir doch nur an den Extremsommer des vergangenen Jahres – und in diesem Jahr: 30°C am Polarkreis, Waldbrände von Griechenland bis Schweden, ausgedörrte Landschaften und Ernteauffälle in halb Europa.

Wir müssen viel schneller werden als zwischenzeitlich gedacht, weil wichtige Jahre und Jahrzehnte lang der ernsthafte Klimaschutz verschlafen wurden. Wir werden unsere Politik danach ausrichten, im Zeitraum zwischen 2035 und 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Die Ideen, Instrumente und Technologien für ernsthaften Klimaschutz sind vorhanden. Die Unterstützung in der Bevölkerung wächst und wächst. Die Kinder, von denen wir unsere Erde nur geborgt haben, gehen zu Hunderttausenden für Klimaschutz auf die Straße. Etlliche Unternehmen haben sich auf den Weg gemacht, weil sie wissen, dass eine Green Economy neue Wertschöpfungsketten und neue Arbeitsplätze schaffen wird. Klimaschutz ist nicht nur die ökologische Schicksalsfrage, sondern auch maßgeblich für die Zukunft unserer Wirtschaft: Eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise achtet weltweit Menschen- und Tierrechte, hält die planetaren Belastungsgrenzen ein und wagt eine Abkehr von maßloser Überproduktion und Massenkonsum. Nicht nur im Interesse des Industriestandortes, sondern im Interesse der Menschen, des Gewerbes und des Handels ist der Übergang zu einer ressourcenleichten Produktion

40 ohne Klimabelastung zu erzielen. Nur so schaffen wir ein dauerhaft lebenswertes
41 Deutschland und erhalten unseren Planeten so, wie wir ihn kennen. Wir wünschen
42 uns, dass Klimaschutz als Chance für wirtschaftlichen Erfolg, nachhaltiges
43 Unternehmertum und Innovation sowie Motor des Arbeitsmarktes begriffen wird. Wir
44 erwarten die Weiterentwicklung unserer sozialen Marktwirtschaft im Sinne eines
45 sozio-ökologischen Wirtschaftsmodells, das die breit diskutierten Ideen von
46 Postwachstum, Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlökonomie einbezieht.

47 Die Europawahl und die Fridays-for-Future-Bewegung zeigen, dass die Bürger*innen
48 konsequenten Klimaschutz wollen und keine parteipolitische Bedenkenträgerei.
49 Unser Land braucht jetzt einen gemeinsamen gesamtgesellschaftlichen und
50 politischen Kraftakt, um den Pariser Klimavertrag zu erfüllen und unserer und
51 besonders allen zukünftigen Generationen die Chance zu geben, weiter in Freiheit
52 zu leben. Mit dem von den Regierungsparteien im Bund vorgelegten Papier zum
53 Klimaschutz werden zwar nun eine Reihe von wichtigen – gerade auch durch die
54 schleswig-holsteinische Jamaika-Koalition vorangebrachten – Forderungen
55 aufgegriffen und ein allererster Einstieg in einen einheitlichen Mindestpreis
56 für CO₂ vorgeschlagen. Diese Ansätze sind allerdings so zurückhaltend, dass sie
57 für eine echte Wende in Richtung konsequenter Dekarbonisierung im Verkehrs- und
58 Wärmesektor nicht geeignet sind und damit nötige Anpassung erneut um Jahre
59 herauschieben – sie blockieren Klimaschutz und Energiewende weiter und setzen
60 einen falschen marktwirtschaftlichen Rahmen, bei dem man auch nicht „dagegen an
61 subventionieren“ kann. Es ist daher allerhöchste Zeit, dass die Bundesregierung
62 mit ambitionierten Maßnahmen den Klimaschutz vorantreibt, statt ihn weiter zu
63 blockieren. Die Bundesregierung muss umgehend entscheidende Weichen stellen, und
64 zwar in folgenden vier Bereichen:

- 65 1. Die zügige Einleitung des Kohleausstiegs und ein deutlich forciertes
66 Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der Sektorenkopplung.
- 67 2. Der schnelle Einstieg in die CO₂-Bepreisung mit 40/60 € pro Tonne CO₂ als
68 Basispreis (1. ABSTIMMUNG) und eine soziale Kompensation per Klimageld.
- 69 3. Ein Klimaschutzgesetz als gesetzlichen Rahmen für Planungssicherheit in
70 den Bereichen Wärme, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft erlassen.
- 71 4. Die Potentiale der Klimaschutzleistungen in Land- und Forstwirtschaft
72 erkennen, nutzen und ausbauen.

73 Wir können jetzt zeigen, dass Klimaschutz, wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand
74 und gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem Industrieland im 21. Jahrhundert
75 Hand in Hand gehen. Wir würden massiv davon profitieren – sowohl durch höhere
76 Lebensqualität, als auch mit Blick auf Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze der
77 Zukunft. In Deutschland gibt es mehr als genug Energie und Ideenreichtum, um die
78 entscheidende Zukunftsfrage des 21. Jahrhunderts wieder entschlossen anzugehen.
79 Der Moment dafür ist jetzt. Klare und mutige Entscheidungen sind erforderlich.

80 Dieses Papier ist auch ein Angebot zur Zusammenarbeit. Wir haben konkrete
81 Vorschläge formuliert. Für ihre Umsetzung bieten wir sowohl im Bundestag als
82 auch im Bundesrat unsere Unterstützung an. Entscheidend ist, dass Deutschland
83 seine nationalen, europäischen und international verbindlich zugesagten Ziele
84 erreicht. Über den besten und schnellsten Weg dorthin sind wir offen für jeden
85 konstruktiven Dialog.

86 Kohleausstieg einleiten und Energiewende beschleunigen

87 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, von Speichern und Netzen, muss dringend
88 beschleunigt werden. Das ist genauso klimapolitisch notwendig wie ökonomisch
89 vernünftig, denn Energie aus Wind und Sonne ist heute schon günstiger als neue
90 Gas- und Kohlekraftwerke.

91 Der Ausbau wird jedoch derzeit vom klimaschädlichen Kohlestrom blockiert, für
92 den nicht nur jährlich 240 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft geblasen werden,
93 sondern der auch die Netze verstopft und gegenüber den Erneuerbaren einen
94 unfairen Wettbewerbsvorteil hat. Viele Monate nachdem die von der
95 Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission ihren Kompromiss für den Ausstieg
96 aus der Kohleverstromung vorgelegt hat, hat es die Große Koalition nicht
97 geschafft, den Kohleausstieg einzuleiten. Wir brauchen schnell einen
98 verbindlichen Abschaltplan bis 2030 und den konkreten Einstieg in den Ausstieg.
99 Bis Ende 2022 sollen mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und
100 ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abgeschaltet werden. Zudem soll
101 sichergestellt werden, dass das Strukturfördergesetz mit einem Volumen von 40
102 Milliarden Euro an konkrete Abschaltungen gekoppelt wird.

103 Während weltweit immer mehr in Erneuerbare investiert wird, brechen allerdings
104 im Land der Erfindung der „Energiewende“ die Investitionen ein. Um die Segel
105 wieder in den Wind zu stellen, wollen wir bestehende regulatorische Hemmnisse
106 beseitigen und so „ermöglichen“ statt „verhindern“. Denn was wir derzeit
107 erleben, ist das genaue Gegenteil. Trotz Klagen aus Energiewirtschaft und
108 Industrie bleibt die Bundesregierung untätig, obwohl die Unternehmen dringenden
109 Klärungsbedarf haben und am überbordenden Maß bürokratischer Regeln verzweifeln.
110 Was passiert mit funktionstüchtigen aber nicht mehr geförderten Wind-, PV- und
111 Biomasseanlagen, die es ab 2021 immer häufiger geben wird? Darf bald jeder
112 wahlkämpfende Landespolitiker sein Bundesland zur Tabuzone für den
113 Windkraftausbau erklären? Diese und viele weitere Fragen stehen unbeantwortet im
114 Raum und versprühen das Gift der Verunsicherung in einer Branche, die
115 Milliardeninvestitionen zu stemmen hat und die dringend Planungssicherheit
116 braucht. Seit mehr als zwei Jahren beobachten wir einen Stillstand der
117 Rechtsetzung und immer wieder gab es Vorschläge, die den Zubau der Erneuerbaren
118 weiter ausbremsen. Zahlreiche Bundesratsinitiativen aller Länder zeugen aber
119 davon, dass es anders gehen kann, wenn man will:

- 120 • Es gilt alle Deckel im EEG zu streichen, damit die klimafeindliche
121 Begrenzung des Ökostromausbaus beendet wird. Insbesondere den Ausbau der
122 Windenergie an Land und den der Solarenergie müssen wir beschleunigen.
123 Unser Ziel ist entsprechend wissenschaftlicher Empfehlungen
124 (Sektorkopplungsstudie Prof. Dr. Quaschnig) ein Zubau von jährlich
125 mindestens 6 GW netto Wind an Land, 3 GW netto Wind auf See und 15 GW
126 netto Photovoltaik. Uns ist klar, dass diese Anhebung des Zubaus an
127 erneuerbaren Energie-Kraftwerken nicht von heute auf morgen möglich sein
128 wird, weil die amtierende schwarz-rote Bundesregierung den Zubau der
129 Erneuerbaren zu effektiv und verbunden mit viel Bürokratie vor die Wand
130 gefahren hat. Durch vereinfachte Genehmigungsverfahren, die Bereitstellung
131 von Flächen in öffentlicher Hand, die Nutzung aller zur
132 Solarenergienutzung geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude wie Schulen,
133 Turnhallen, Finanzämter, Polizeistationen, Kasernen usw. und durch weitere
134 geeignete Maßnahmen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren aber wieder

135 viel attraktiver und planbarer machen und das Tempo des Ausbaus der
136 Erneuerbaren um ein Vielfaches steigern und 2030 bei 100% Ökostrom
137 angekommen zu sein.

138 • Die Einführung von Ausschreibungen hat zu einer erheblichen Reduzierung
139 der noch in der Entwicklung stehenden Projekte geführt, die Einführung der
140 Ausschreibungsmodelle müssen zurückgenommen werden.

141 • Um das Potential unserer Städte und Industriegebiete für den PV-Ausbau zu
142 nutzen, müssen wir die Mieterstromregelungen vereinfachen,
143 Rechtssicherheit für Vermieter*innen schaffen und die Ausschreibungen so
144 anpassen, dass alle, die bauen wollen, auch zum Zuge kommen können.
145 Außerdem muss die Solarenergie im Außenbereich ebenso wie die Windkraft
146 privilegiert werden.

147 • Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Bereich von 110m beiderseits von
148 Autobahnen und Schienen sollen als landwirtschaftliche Nutzung, als
149 sogenannte "Sonnen-Ernte", gelten. Dadurch sind für diesen Bereich weder
150 Flächennutzungsplan (F-Plan) noch Bebauungsplan (B-Plan) anzupassen und
151 der Ausbau der Solarenergienutzung ist zeitnah machbar. Die Verankerung im
152 Erdreich erfolgt dabei ohne Beton, sondern durch demontierbare Erdanker
153 bzw. Erdschrauben. Und: nachhaltig betriebene PV-Freiflächenanlagen sind
154 deutlich insekten- und vogelfreundlicher als konventionell betriebene
155 landwirtschaftliche Ackerflächen.

156 • Um den Ausbau der Solarenergie in Schleswig-Holstein voranzutreiben, soll
157 der Austausch zwischen Vertreter*innen der Wirtschaft, des Naturschutzes
158 sowie der Verwaltung gestärkt werden. Flankiert wird dies mit
159 Beratungsangeboten für Kommunen und einem Leitfaden „Gute fachliche
160 Praxis“ bei Planung, Errichtung und Betrieb von Solaranlagen unter
161 Berücksichtigung der Belange des Natur- und Landschaftsschutz.

162 Ein fairer und ehrlicher Preis für CO₂-Ausstoß

163 Ohne einen ehrlichen CO₂-Preis und die Abschaffung von Subventionen bei fossiler
164 Energienutzung ist weiter Stillstand angesagt. Der Umstieg auf Alternativen, die
165 auf der Basis Erneuerbarer Energien entstehen, muss günstiger sein, als das
166 Verharren auf Verhaltensmustern und Technologien, die am fossilen
167 Energieverbrauch festhalten. Dazu fordern wir die Landesregierung auch auf,
168 weitergehende Schritte zum Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie zu Umsetzung
169 und Ausbau der vielen Bausteine der Sektorkopplung zu ergreifen.

170 Dafür brauchen wir einen Einstieg mit einem CO₂-Preis von anfänglich mindestens
171 40/60 Euro [Abstimmung] pro Tonne. Klimafreundliche Innovationen werden belohnt,
172 kommen in eine Wirtschaftlichkeit, klimaschädliches Verhalten wird verteuert.

173 Wir wollen allen Bürger*innen und Wirtschaftszweigen einen kalkulierbaren
174 Übergang mit hohen Effizienzgewinnen ermöglichen. Das ist nicht nur ökonomisch
175 wirksam, sondern auch ökologisch sinnvoll und die Chance für eine
176 sozialverträgliche Energiewende.

177 Der CO₂-Preis muss in weiteren Schritten sukzessive aber zeitnah und verlässlich
178 auf ein Niveau angehoben werden, das den Kosten entspricht, die durch den CO₂-
179 Ausstoß verursacht werden. Das sind derzeit 180 Euro/t CO₂. Die Höhe dieses

180 Preises hängt davon ab, wie konsequent verschiedene Maßnahmen der Reduktion der
181 Klimagase umgesetzt werden und wirken. Es gilt: je früher die
182 marktwirtschaftlichen Anreize wirken, umso schneller setzen sich Innovationen
183 durch. Eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft wird dann erreichbar sein, wenn
184 Produktivität und Profitabilität sich auch daran bemisst, wie viel CO₂
185 ausgestoßen wurde.

186 Teile der Einnahmen können den Bürger*innen durch eine jährlich auszuzahlende
187 Pro-Kopf-Klimaprämie zurückgegeben werden. Davon profitieren vor allem Menschen
188 mit geringeren Einkommen. Wir werden die Einnahmen aber auch verwenden, um
189 Stromnebenkosten wie Stromsteuer oder EEG-Umlage für Haushalte und kleine und
190 mittlere Unternehmen zu reduzieren. Weitere Herausforderungen sind z.B.:
191 Ertüchtigung der Wärmeversorgung sowie Klimaneutrale Mobilität für alle
192 sicherstellen.

193 Klimaschutz einen rechtlichen Rahmen geben

194 Wir GRÜNE fordern, dass sich Deutschland in einem Klimaschutzgesetz das Ziel
195 setzt, mehr als 75 Prozent der Treibhausgasemissionen – (bezogen auf 1990) bis
196 2030 einzusparen. Dabei müssen die Maßnahmen so gewählt werden, dass sie in
197 Ihrer Gesamtheit geeignet sind dieses Ziel zu erfüllen. Die bisherigen
198 Zielsetzungen der schwarz-roten Bundesregierung sind absolut nicht ausreichend.

199 Klimaschutzleistungen in der Land- und Forstwirtschaft mobilisieren.

200 Land- und Forstwirtschaft können Klimaschutz! Dafür muss die Problematik der
201 Treibhausgasemissionen in Land- und Forstwirtschaft zielgenauer angegangen
202 werden! Im Rahmen des durch unseren Landwirtschaftsminister geführten Dialogs
203 zur Zukunft der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein sind die Fragen der
204 Bekämpfung des Klimawandels und der Klimaanpassung die zentralen
205 Handlungsfelder. Wir fordern die Landesregierung auf, unter Berücksichtigung
206 unten angeführter Aspekte die Ausarbeitung des entsprechenden Rahmen und der
207 Maßnahmen zügig fortzusetzen.

208 • Global denken, lokal handeln: Derzeit verbrauchen Deutschland und die EU
209 virtuell viele Mio ha für den Import von Tierfutter, Lebensmittel und
210 industriellen Rohstoffen. Es liegt im Sinne der Nachhaltigkeit diesen
211 „Fußabdruck“ deutlich zu reduzieren und mit den eigenen Flächen
212 auszukommen. Handelsabkommen, die den Import von Agrarprodukten aus
213 Ländern mit deutlich niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards erleichtern,
214 lehnen wir ab. Sie unterlaufen die nationalen Bemühungen zu einer
215 nachhaltigeren Landwirtschaft.

216 • Stärkere Ausrichtung der Agrarförderungen auf Klima-, Umwelt- und
217 Tierschutzaspekte: Landwirt*innen die bereit sind, höhere Leistungen für
218 den Klimaschutz in ihrem Betrieb umzusetzen, sollen dafür auch besonders
219 gestützt werden. Um die Potentiale der Böden für den Klimaschutz zu nutzen
220 bekommen Fruchtfolgen und Bodenbearbeitung eine neue Bedeutung. Die
221 Bindung von Treibhausgasen im Rahmen eines besseren Nährstoffmanagements,
222 die energetische Nutzung von Gülle und anderen Reststoffen sowie eine
223 andere Bewirtschaftung und Bearbeitung der Agrarflächen soll gefördert
224 werden. Der Tierbestand soll an regionalverfügbare Flächen gebunden sein
225 und einzelbetrieblich bei maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar

226 liegen, perspektivisch noch darunter. Grünlanderhalt und besonders auch
227 Weidehaltung muss wieder wirtschaftlich attraktiv werden.

228 • Bundesweite Ausweitung des Ökolandbaus bis 2025 auf mindestens 25 Prozent
229 der Fläche! Der ökologische Landbau ist Leitbild einer flächengebundenen
230 und vielfältigen Landwirtschaft. Durch Forschung und Förderung für die
231 Umstellung und Beibehaltung des Ökolandbaues, sowie die Förderung von
232 Absatzmöglichkeiten für Bio-Produkte wird interessierten Landwirten die
233 Umstellung auf Ökolandbau weiterhin ermöglicht und erleichtert werden.

234 • Eine Wasserwirtschaft, die mit höheren Wasserständen CO₂ im Boden bindet
235 und gleichzeitig einen Mehrwert für Natur- und Artenschutz liefert.
236 Insbesondere bei den in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich häufig
237 vorkommenden Moorflächen wollen wir die anhaltende Ausgasung durch höhere
238 Wasserstände in der Nutzung und durch Wiedervernässung dieser Flächen
239 deutlich vermindern. Unsere CO₂-Senken im Land, also vor allem
240 Dauergrünland, Moore und Wälder, wollen wir sichern, stärken und aufbauen
241 und dabei auch einen Mehrwert für den Naturschutz erzielen.

242 • Wälder schützen und Bäume pflanzen: Wir brauchen Wälder, die der
243 Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz betreiben. Bäume
244 sind unsere gewachsenen Verbündeten, wenn es darum geht, CO₂ zu binden.
245 Auch ein Teil der menschengemachten Emissionen kann so gebunden werden.
246 Sie sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Der Aufbau eines naturnahen,
247 gesunden Waldes kann viele Millionen Tonnen CO₂ binden, bei nachhaltiger
248 Nutzung des Holzes auch dauerhaft. Auch in der Waldpolitik muss auf allen
249 Ebenen umgesteuert werden! Daher sollten ab sofort mindestens 0,5% des
250 Bundeshaushaltes in Programme zur globalen Baumpflanzung fließen. Diese
251 Mittel in Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr sollen für
252 Baumpflanzungs-Initiativen z.B. entlang von Feldwegen, Straßen und zur
253 Ausweisung zusätzlicher Naturwaldflächen in Deutschland genutzt werden,
254 aber auch zu Waldschutz- und Baumpflanzungs-Initiativen in anderen Ländern
255 und Regionen unserer Welt, denn unser Klima hält sich nicht an Grenzen.

256 **Zentrale Forderungen zusammengefasst:**

- 257 • Unmittelbarer Beginn des Kohleausstiegs mit der Abschaltung erster
258 Kraftwerke zum nächstmöglichen Zeitpunkt und Abschluss bis 2030,
- 259 • eine sektorübergreifende CO₂-Bepreisung in Höhe von zunächst 40/60 Euro
260 pro Tonne CO₂-Äquivalent (ABSTIMMUNG) einführen. Die Einnahmen werden den
261 Bürger*innen durch eine jährliche Pro-Kopf-Klimaprämie und durch eine
262 deutliche Absenkung der Stromsteuer vollständig zurückgegeben. Davon
263 profitieren vor allem Menschen mit geringen Einkommen,
- 264 • unser Ziel: 100 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien / bis 2030
265 (2.ABSTIMMUNG)! Den Ausbaudeckel bei erneuerbaren Energien streichen,
266 Windenergie wieder in Schwung bringen, Förderung für Solarstrom vom Dach

- 267 verbessern, mit anderen Erneuerbaren verzahnen und mehr Flächen für Wind
268 und Solar zugänglich machen,
- 269 • die Befreiung von der EEG-Umlage auf Betriebe begrenzen, die nachweislich
270 einen erheblichen Wettbewerbsnachteil aufgrund eines im internationalen
271 Vergleich höheren Industrie-Strompreises haben würden,
- 272 • Neuzulassungen von mit fossilen Kraftstoffen betriebenen PKW im Jahr 2030
273 beenden und die Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge durch ein Bonus-
274 Malus-System fördern,
- 275 • LKW-Maut ist auf alle Straßen und alle Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen
276 ausweiten,
- 277 • Investitionsoffensive Bahn starten,
- 278 • jährlich angepasste Zulassungsquoten zur schrittweisen Reduzierung
279 fossiler LKW, Busse und Schiffe, sodass diese ab spätestens 2032 nur noch
280 mit erneuerbaren Antrieben zugelassen werden. Etwas später folgt die
281 Luftfahrt, wobei die Entwicklung emissionsarmer oder auf regenerativen
282 Energieträgern basierender Antriebe voranzutreiben ist. Parallel ist der
283 Treibstoffverbrauch bei Interkontinentalflügen durch Routen- und Höhenwahl
284 weiter zu senken,
- 285 • Flugverkehr in die CO₂-Bepreisung einbeziehen, Kerosin besteuern,
- 286 • die vollständige steuerliche Absetzbarkeit der energetischen
287 Gebäudesanierung für selbstnutzende Eigentümer*innen ab Januar 2020
288 einführen und die Förderung der energetischen Gebäudesanierung deutlich
289 steigern,
- 290 • eine Einspeiseverpflichtung der Netzbetreiber für CO₂-neutral produzierten
291 Wasserstoff in das Erdgasnetz mit Erhöhung der Einspeisung entsprechend
292 der Produktion aus Wind- und Sonnenstrom,
- 293 • „Global denken, lokal handeln“ und Handelsabkommen ausschließen, die
294 Umwelt- oder Sozialstandards unterlaufen,
- 295 • stärkere Ausrichtung der Agrarsubventionen an Klima-, Umwelt- und
296 Tierschutzaspekte, die Ausweitung des Ökologischen Landbaus,
- 297 • Maßnahmen um Moore erhalten und wieder zu vernässen sowie eine verbesserte
298 Wasserwirtschaft,
- 299 • Grünlandschutz, Weidewirtschaft und eine flächengebundene Tierhaltung,
- 300 • Wald schützen und Bäume pflanzen. Ab sofort sollten mindestens 0,5% des
301 Bundeshaushaltes in Programme zur globalen Baumpflanzung fließen.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

André Bajorat (KV Pinneberg)